

IPPF EUROPE

Regionaler Informationsbulletin

Ausgabe 1 Nr 1 Juli 1976

IPPF Europa Jahrsbericht 1975/76

Der Regionalrat Europa (Europe Regional Council, ERC) der IPPF, der sich aus Mitgliedern der 20 IPPF – Mitgliederorganisationen in Europa zusammensetzt, trat am 5. und 6. Juni unter dem Vorsitz von Professor Denys Fairweather (England) in Warnemünde, Deutsche Demokratische Republik, zusammen.

Beobachter aus der Tschechoslowakei, Griechenland und Rumänien nahmen an dem Treffen teil. Ebenfalls als Beobachter nahmen der Vorsitzende des Vorstandes (Governing Body, GB) der IPPF, William Wamalwa, die Generalsekretärin der IPPF, Julia Henderson, sowie der IPPF Direktor für Programme im Zentralbüro, Patrick Crosse, teil.

Angelegenheiten der Region

1. Bei Durchsicht des Berichtes des *Regionalen Exekutivausschusses* (Regional Executive Committee, REC) stellte der Rat fest:

1.1 daß der Regionale Exekutivausschuß sich im Laufe des Jahres viermal getroffen hat.

1.2 daß folgende *Regionale Arbeitsgruppen* (Regional Working Groups) stattgefunden hatten:

- über *Emotionale Probleme bei der Durchführung von Familienplanung*, London, September 1975 (s. *RIB* Band 4, Nr. 4, Oktober 1975);
- über *Die Geburtenregelung betreffende Gesetzgebung*, London, September 1975. Empfehlungen an die Mitgliederorganisationen wurden zur Kenntnis genommen;
- über *Sexualerziehung* (deutschsprachig). Luxemburg, Oktober 1975 (s. *RIB* Band 5, Nr. 1, Januar 1976);
- über *Sexualität und Behinderte*, London, März 1976 (s. *RIB* Band 5, Nr. 2, April 1976).

1.3 daß folgende *Regionale*

In dieser ausgabe:

Jahresbericht der Region 1975/76

- Treffen des Regionalrates
- Treffen des Regionalausschusses für Information und Erziehung
- Treffen des Regionalausschusses für medizinische Fragen

Seminar des Regionalrats zum Thema Jugend und Sexualität – Probleme des Verständnisses und der Zusammenarbeit

Jungsein auf dem Lande, von Mikolaj Kozakiewicz

Veröffentlichungen hergestellt worden sind:

- vier Ausgaben des *Regionalen Informationsblattes* in Englisch und Französisch,
- eine *Untersuchung über den Status der Sexualerziehung in europäischen Mitgliedsländern*.
- *Beratung zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs: aus europäischer Sicht*.
- eine überarbeitete Auflage der *Regionalen Untersuchung über den rechtlichen Status von Empfängnisverhütung, Sterilisation und Schwangerschaftsunterbrechung in europäischen Ländern*.

Der Bericht des REC wurde angenommen.

2. Der Bericht des *Regionalausschusses für Information und Erziehung* (Regional Information and Education Committee, RIEC), der vor dem Regionalrat (RC) zusammengetreten war, wurde zur Kenntnis genommen (s. Seite 5 dieser Schrift).

Außerdem wurde mit 28 Ja- und 17 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen folgender Vorschlag vom RC angenommen:

„Der Regionalrat Europa der IPPF hält die Probleme des Malthusianismus für ein äußerst wichtiges Thema innerhalb und außerhalb der IPPF und befürwortet daher eine umfassende Diskussion über das Für und Wider des Malthusianismus innerhalb der IPPF. Die Diskussion dieses Themas in den

Ausschüssen und Veröffentlichungen der IPPF würde einem Bedürfnis der Mitgliederorganisationen und der Mitarbeiter nach Information entgegenkommen.“

Es wurde beschlossen, daß der Vorschlag, der von Vertretern aus Belgien, Bulgarien, Finnland, Frankreich, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarn, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Portugal vorgebracht worden war, dem Regionalen Exekutivausschuss unterbreitet werden solle, das den RIEC dann auffordern würde, nach Wegen zu suchen, wie der Vorschlag in die Tat umzusetzen sei.

3. Der Bericht des *Regionalausschusses für medizinische Fragen* (Regional Medical Committee, RMC), der vor dem Regionalrat zusammengetreten war, wurde zur Kenntnis genommen (s. Seite 6 dieser Schrift)

Der RC war der Meinung, daß ein Vorschlag des Inhalts, daß die Region Europa versuchen könnte, Informationen über die Erforschung der Unfruchtbarkeit in Europa zu erhalten, dem RMC zugeleitet werden sollte.

4. Die Berichte der *Nationalen Organisationen* und Kommentare von Beobachtern aus der Tschechoslowakei und Rumänien wurden zur Kenntnis genommen.*

5. Die Berichte der sechs Diskussionsgruppen zum Thema *Jugend und Sexualität – Probleme des Verständnisses und der Zusammenarbeit* wurden zur Kenntnis genommen (s. Seite 7 dieser Schrift).

6. Die *Regionalen Rechenschaftsberichte* für 1975 wurden gebilligt und die Firma Price Waterhouse & Co. wurde bis zum 31. Dezember 1976 wieder mit der Buchprüfung beauftragt.

7. Der Regionale Arbeitsplan 1975/77, der im Hinblick auf die Diskussionen im Regionalrat im Jahre 1975 ergänzt worden war, wurde als *Arbeitsplan 1977/79* gebilligt. Die Arbeitspläne 1977/79 der Mitgliederorganisationen wurden zur Kenntnis genommen.

*Kopien der Berichte der Nationalen Organisationen an den Regionalrat 1975/76 können vom Regionalbüro der IPPF Europa angefordert werden

8. Das *Arbeitsprogramm und Budget der Region 1977* wurde gebilligt, nachdem über die im Jahre 1977 zu bildenden Arbeitsgruppen und über die Art und Weise, wie Anregungen aus dem Seminar und dem Treffen des Regionalrates in das Arbeitsprogramm einbezogen werden könnten, diskutiert worden war.

9. Wahlen

9.1 *Ehrenämter*: Da es keine Nominierungen für die drei zu besetzenden Ämter der Region gab und die jetzigen Amtsinhaber willens und in der Lage waren, sich wieder zur Verfügung zu stellen, wurden sie als wiedergewählt betrachtet: als Präsident der Region – Denys Fairweather (England); als Vizepräsident der Region – Kina Fayot (Luxemburg); als Schatzmeister der Region – Jürgen Heinrichs (Bundesrepublik Deutschland).

9.2 *Regionaler Exekutivsausschuß*: Für die drei Ämter gab es drei Bewerbungen, folgende wurden als gewählt betrachtet: Lykke Aresin (Deutsche Demokratische Republik); Albino Aroso (Portugal); Mikolaj Kozakiewicz (Polen).

9.3 *IPPF Vizepräsident*: Da es keine anderen Bewerbungen gab und der Amtsinhaber willens und in der Lage war, sich zur Wiederwahl zu stellen, wurde Thorsten Sjövall (Schweden) als wiedergewählt betrachtet.

10. *Treffen des Regionalrats 1977*
Man kam überein, daß das nächste Treffen des Rats im Juni 1977 in Irland stattfinden solle.

Zentrale Angelegenheiten

1. Die Vertreter der Region im *Verwaltungs- und Planungsausschuß* (Management and Planning Committee, M&PC) und im *Vorstand* (GB) haben im REC – Bericht umfassend über die Entscheidungen dieser Gremien berichtet.

1.1 Es wurde zur Kenntnis genommen, daß das M&PC dem Thema des *GB-Seminars 1976, Integration*, zugestimmt hat. Dabei ist zu prüfen, inwieweit „community based distribution programmes“ (CBD) einen Weg zur Integration darstellen und wie weit es Mitglied-Organisationen gelungen ist, ihre Aktivitäten mit anderen sozialen Entwicklungsprogrammen abzustimmen.

1.2 In Verbindung mit dem *GB-Treffen 1976* wurde festgesetzt, daß das Thema *Struktur der IPPF-Ausschüsse* diskutiert werden sollte, und zwar im Hinblick auf

ein von verschiedenen Regionen geäußertes Bedürfnis nach einer Vollversammlung, in der alle Mitglieder der Federation vertreten sind, und nach Festlegung der Anzahl, Größe und Häufigkeit von Treffen der bestehenden Ausschüsse.

In Diskussionen im Regionalrat wurden hauptsächlich folgende Meinungen geäußert:

- die vorgeschlagene Struktur solle als ein zusammenhängendes System aus drei Einzelbestandteilen gesehen werden: der Mitgliederversammlung, die alle drei Jahre zusammentritt, dem Zentralrat, der jährlich zusammentritt und am Jahresende über das Budget beschließt, und dem Exekutivsausschuß des Zentralrats, der zweimal im Jahr zusammentritt.
- die Struktur der Ausschüsse könne nicht getrennt von der Vereinigung des Sekretariats diskutiert werden. Wenn das Sekretariat vereinigt würde, so wäre es wichtig, der Mitgliederversammlung größere Vollmachten zu geben.
- jeder Versuch, den Charakter der IPPF zu verändern und sie zu einer Art zentralisierter Agentur zu machen, sei unannehmbar.
- die Mitgliederversammlung solle gewisse Befugnisse haben und, um diese zu sichern, zumindest zu Beginn, alle zwei Jahre zusammentreten.
- wenn der Dreijahresarbeitsplan, auf den die Versammlung Einfluß hat, ernst genommen werde, so würden der Mitgliederversammlung Entscheidungsbefugnisse im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Recht „die Rolle und Perspektive der IPPF kritisch zu überprüfen“, eingeräumt.
- nationale Familienplanungsgesellschaften (ppas) sollten die Ernennung ihres Vertreters für die Mitgliederversammlung ernst nehmen, um ein Verständnis internationaler Angelegenheiten und Kontinuität zu sichern.
- die Tendenz zu mehr Einfluß der uns finanziell unterstützenden Regierungen und die zu erwartenden politischen Implikationen seien beklagenswert.
- die ppas sollten auf ihre jeweiligen Regierungen mit dem Ziel Einfluß nehmen, daß diese den in der UN – Bevölkerungskonferenz festgelegten Richtlinien folgen, den Mißbrauch

von Wissenschaft und Technologie als politische Druckmittel beenden, Familienplanung als integrierten Bestandteil der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und nicht als Ersatz für solche Entwicklung betreiben.

- verschiedene Standpunkte innerhalb des allgemeinen Rahmens der IPPF sollten respektiert werden, doch ebenso sollte eine allgemeine Politik, innerhalb derer jeder nationalen ppa ein gewisser Spielraum bleibt, klar definiert werden.
- die Prinzipien der IPPF – Politik sollten in den alltäglichen praktischen Aktionen, z.B. in Veröffentlichungen, befolgt werden.
- der Wunsch der Region Europa nach Autonomie sollte nicht als Rückzug von Verpflichtungen gegenüber anderen Regionen und der übrigen Welt gewertet werden.
- Mitglieder des Zentralrats sollten vom Regionalrat unter dessen Mitgliedern ausgewählt und ernannt werden. Diese Ansicht fand große Unterstützung. Wie könnte im übrigen ein RC – Vertreter dieses Gremiums vertreten, wenn er/sie nicht ein Mitglied desselben wäre?
- jeder Einschränkung der Bedeutung des RC sei um jeden Preis entgegenzutreten; der Name Regionaler Exekutivsausschuß solle beibehalten werden, und es solle keine Einschränkung der Befugnisse des Regionalen Exekutivsausschusses geben. Auch diese Ansichten fanden große Unterstützung.
- Regionale Beratungsausschüsse, vergleichbar den Zentralen Beratungsausschüssen, sollten ihre Arbeit fortsetzen.

Folgende *Resolution* wurde ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung verabschiedet:

Der Regionalrat Europa schlägt vor:

- daß die Mitgliederversammlung alle zwei Jahre zusammentreten solle;
- daß alle Mitglieder des Zentralrats von den Regionalräten ernannt werden und Mitglieder derselben sein sollen;
- daß der Exekutivsausschuß des Zentralrats sich zusammensetzen sollte aus dem Präsidenten, dem Vorsitzenden des GB, dem Schatzmeister und einem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats aus jeder Region (zwei aus Doppelregionen);

daß vom Zentralrat Zentrale Beratungsausschüsse (früher standing committees genannt) gebildet werden können, deren Fortdauer alle fünf Jahre überprüft das Zentrale Informations und Erziehungskomitee werden soll, und daß (CIEC) und (CMC) das Zentrale Medizinische Komitee; dieser Grundlage weiterarbeiten sollen;

daß die bestehende Autorität des Regionalrats nicht verringert werden solle;

daß Regionale Exekutivsausschüsse diesen Namen beibehalten und daß ihre Befugnisse nicht eingeschränkt werden sollen;

daß von Regionalräten Regionale Beratungsausschüsse gebildet werden können, die auf Wunsch von Zeit zu Zeit Bericht erstatten und, wenn dies angemessen erscheint, die Struktur des Zentralen Beratungsausschusses überdenken.

1.3 Es wurde zur Kenntnis genommen, daß der GB dem *Zusammenschluß des IPPF-Zentralsekretariats mit den Regionalen Sekretariaten* zugestimmt hat.

Es wurde festgestellt, daß der M&PC den Richtlinien für die Zuständigkeit und das Arbeitsfeld von Regionalen Direktoren/Sekretären zugestimmt hat. Europäische Mitglieder des M&PC hatten sich der Stimme enthalten, da sie der Meinung waren, es sei verfrüht, Zuständigkeiten festzulegen, bevor diese an die Regionalräte verwiesen seien.

Es wurde zur Kenntnis genommen, daß das M&PC mit der Durchführung des Beschlusses des GB beauftragt worden war.

Die Generalsekretärin machte auf die Ziele und Prinzipien der Vereinigung des Sekretariats aufmerksam, der das M&PC zugestimmt habe.

Die Generalsekretärin stellte fest:

- die Grundlage der Federation seien die unabhängigen und autonomen nationalen ppas; es sei Aufgabe des Sekretariats, diesen ppas zu dienen.
- bis jetzt habe es sieben unabhängige Sekretariate gegeben: ein zentrales und sechs regionale. Viele ppas hätten nicht die Unterstützung erhalten, auf die sie Anspruch hätten, hätten manchmal Unterstützung erhalten, die sie gar nicht wünschten und hätten das Gefühl, daß

Unklarheit über die Aufgabenverteilung des Zentralen und der Regionalen Büros bestehe.

- der Verwaltungsfachmann und wichtige ehrenamtliche Kräfte im M&PC seien der Meinung, ein Sekretariat würde den ppas besser dienen und die Finanzen der IPPF wirksamer verwalten.
- es werde dafür Sorge getragen, daß die volle Beteiligung der ehrenamtlichen Kräfte bei der Entwicklung von Richtlinien und Programmen sowie bei der Verteilung von Mitteln sichergestellt und erleichtert und deren letzte Verantwortlichkeit geschützt werde.
- die Richtlinien für die Zuständigkeit der Generalsekretärin machten sie für die Ausgabe von Geldern der IPPF unter Aufsicht des Schatzmeisters verantwortlich. Sie sei dem GB und dem M&PC für diese Gelder rechenschaftspflichtig.
- ein vereinigt Sekretariat bedeute, daß die Regionaldirektoren diese direkte Verantwortung gegenüber dem GB teilen.
- der GB habe die rechtliche, die RCs hätten die moralische Verantwortung für die Geldmittel, die für Regionalbüros und für Organisationen innerhalb ihrer Region bestimmt seien.
- die Generalsekretärin sei als GS der gesamten Federation und nicht nur des Zentralbüros für Personal- und Verwaltungsangelegenheiten zuständig.
- es werde in Übereinstimmung mit ihrer Rechenschaftspflicht ein Maximum an Dezentralisation bei der Tätigkeit der Angestellten geben.
- die Richtlinien für die Zuständigkeit legten genau fest, daß der Regionalsekretär verpflichtet wäre, dem Regionalrat zu helfen. Die Generalsekretärin werde alle diese Verantwortlichkeiten festlegen. Der RC werde keine wesentliche Veränderung in der Art sehen, wie das Regionale Sekretariat gegenüber dem Rat und den Mitgliederorganisationen arbeite.
- innerhalb des vereinigt Sekretariats werde es volle Gleichberechtigung geben. Regionale und Zentrale Angestellte würden sich dreimal im Jahr treffen, Entscheidungen innerhalb ihrer Kompetenz

gemeinsam fällen sowie Empfehlungen an die Gremien richten, die die allgemeinen Richtlinien festlegen: die Angestellten würden so verpflichtet, allen ppas, und nicht nur einigen Begünstigten zu dienen.

- in den meisten anderen Regionen erhielten beinahe alle Organisationen Unterstützung.
- innerhalb der IPPF gebe es viele neue Organisationen, die ihr Vorgehen und ihre Programme beschließen, Mitarbeiter einstellen und noch in der Phase seien, wo Dienstleistungen angeboten werden; diese hätten sehr viel Verwaltungsarbeit.
- IPPF – Angestellte auf regionaler und zentraler Ebene seien damit beschäftigt, diesen Organisationen technische Hilfe zu geben.
- 1975 hätten viele RC – Mitglieder bei der Diskussion über technische Unterstützung nach dem Bedarf an technischer Unterstützung gefragt. Es sei völlig klar, daß die Organisationen diese Unterstützung brauchen und um sie ersuchen. Sobald man diesen Aspekt der Arbeit erkannt habe, verstehe man auch, daß solche Unterstützung zwischen dem Zentralen und den Regionalen Büros abgestimmt werden muß, wobei die Hauptverantwortung bei der Region liegt.
- der Regionalrat Europa sei innerhalb der Region das beste Beispiel dafür, wie man innerhalb des Regionalrats Erfahrungen über bestimmte Probleme, Vorgehensweisen und Programme austauschen könne. Andere Regionalräte hätten noch nicht in dem Maße Erfahrung. Sie seien bei dem Versuch, Brücken zwischen den Organisationen zu schlagen, auf Hilfe von Seiten des Regionalrats angewiesen.
- es wäre ein Fehler, wenn die Angestellten versuchten, den Beschluß des GB in irgendeiner Weise zu interlaufen. Sie müßten vielmehr versuchen, den Beschluß loyal durchzuführen, was nur geschehen könne, wenn alle im Sekretariat Beschäftigten zusammenarbeiteten.
- Die Generalsekretärin hoffte, daß der Regionalrat bei Ausdruck des Standpunktes (der Meinung) daß der Beschluß in der Zukunft überdacht werden müsse, in keiner

Weise der Auffassung verschub leisten würde daß das Sekretariat der Region bei der Durchführung des Beschlusses nicht zusammenarbeiten solle.

In der folgenden Diskussion wurden viele Meinungen laut:

Der Vorschlag sei nicht nur technischer, administrativer und organisatorischer Natur; er habe ideologische und sogar politische Implikationen.

Die Region Europa betrachte den Vorschlag, das Sekretariat zu vereinigen, mit Mißtrauen.

Die offene Diskussion über die politische Linie, über die Dritte Welt betreffende Vorhaben habe gerade erst begonnen. Eine Vereinigung der Sekretariat bedeute weniger Autonomie. Ein Versuch, die Autonomie zu einem Zeitpunkt einzuschränken, wo über die politische Linie diskutiert werde, wecke Zweifel an der Stichhaltigkeit der Argumente. Die Diskussion solle zuerst stattfinden. Die Frage der Organisation könne danach besprochen werden.

Es gäbe demokratische Spielregeln und eine demokratische Gesinnung. Der GB – Beschluß stimme zwar mit den Spielregeln überein, zeuge jedoch nicht von demokratischer Gesinnung. Es wäre demokratisch gewesen, zuerst die Meinungen der Vertreter der Organisationen und des Regionalrats einzuholen, bevor man den Beschluß fasst.

Der Vorschlag könne entweder akzeptiert oder abgelehnt werden. Er könne jedenfalls nicht durchgeführt werden, ohne daß dabei die Autonomie der Organisationen eingeschränkt würde. Der Vorschlag sei lediglich ein Ratschlag. Der Regionalrat habe das Recht zu entscheiden, ob er in der Organisation oder bei den Angestellten Veränderungen wünsche.

Die Regionen Afrika, IOR und MENA hätten Zweifel an der Vereinigung geäußert. Man habe den Eindruck gehabt, andere Regionen wünschten kein vereinigt Sekretariat.

Die Region gehe zwar manchmal von den übrigen Regionen getrennte Wege und arbeite auf ihre eigene Weise, sei dabei aber erfolgreich. Sie sei dem Rest der IPPF oftmals ein Dorn im Auge gewesen. Bei ihr sei es Tradition, daß die Mitglieder unabhängig arbeiteten. Dennoch fehle der Region möglicherweise eine weltweite Perspektive. Wie könne der Vorschlag

aus einer solchen Perspektive heraus begründet werden?

Es wurde geäußert, daß die Organisationen der Region sich oftmals des Angebots an Hilfsmitteln, die im Zentralbüro zur Verfügung stehen, nicht bewußt seien. Dies gelte zum Beispiel für die Bibliothek und die Auswertungsstelle. Wenn die CO – Auswertung und die CBD – Programme auch Organisationen zur Verfügung stünden, die ansonsten nicht unterstützt werden, könnten die Organisationen den Wert solcher Hilfsmittel schätzen lernen.

Der Informations – und Meinungsaustausch zwischen den Regionen müsse gefördert werden.

Es wurde hervorgehoben, daß Organisationen in der Vergangenheit nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt auf der gleichen Basis gearbeitet, dabei Erfahrungen ausgetauscht und von verschiedenen kulturellen Standpunkten aus nach Lösungen für Probleme gesucht hätten. Dann sei die IPPF reich geworden, und es sei notwendig geworden, Forderungen der Geldgeber zu erfüllen. Viele Organisationen in der ganzen Welt seien der Meinung, daß der Erhalt von Geldern die Möglichkeiten zur Kommunikation und die Bemühungen Freiwilliger, die gemeinsame Sache zu betreiben, störten. Die Organisationen müßten entscheiden, ob sie Geld für ihre Arbeit annehmen; wenn sie es täten, müßten sie Konzessionen machen. Es wurde vorgeschlagen, daß die 90 Organisationen ihre freiwilligen Bemühungen in einer Weise entwickeln sollten, die Menschen mit Ideen, Intuition und Initiative fördert. In dem Moment, in dem die IPPF zu einer Gelder vergebenden Organisation wie viele andere würde, wäre der ursprüngliche Gedanke dahin.

Es wurde vorgebracht, daß möglicherweise ein Weg gefunden werden könne, die Geldmittel so zu verwalten, daß die Bemühungen der Organisationen, insbesondere die Bemühungen von Freiwilligen, nicht behindert würden.

Die neu festgelegten Richtlinien für die Befugnisse der Generalsekretärin machten sie für alle Personal – und Verwaltungsangelegenheiten, sowie für die Festlegung allgemeiner Richtlinien verantwortlich. Wenn ein Generalsekretär einen Regionalsekretär ernenne, könne er oder sie politischen

oder ideologischen Einfluß auf die Region ausüben. Die Richtlinien für die Befugnisse von Regionalsekretären legten fest, daß diese Vertreter des Generalsekretärs seien.

Regionalsekretäre könnten nicht Diener zweier Herren sein. Es wurde auf Artikel 8.5 der Regionalen Satzung hingewiesen, in dem es heißt: „Der Regionalrat ernennt den Regionalsekretär . . .“.

Es wurde vorgebracht, daß eine prinzipielle Entscheidung zu langwierigen Verhandlungen auf RC – Ebene führen könnte, da Regionale Satzungen, die von den Regionalräten beschlossen worden seien und denen der GB zugestimmt habe, davon berührt würden.

Folgende *Resolution* wurde ohne Gegenstimmen bei drei Enthaltungen verabschiedet:

Da der Regionalrat Europa erkennt, daß der Beschluß des GB zur Frage der Vereinigung des Sekretariats nur eine Empfehlung darstellt, fordert er:

1. daß die Diskussion über diesen Beschluß wiederaufgenommen wird, wobei dessen Ablehnung durch die Region Europa und die kürzlich dazu vorgebrachten Argumente zu berücksichtigen sind;
2. daß jeder neue Beschluß darüber zurückgestellt wird, bis die Mitgliederversammlung zusammengetreten ist, damit von diesem Gremium eine Entscheidung getroffen werden kann;
3. daß der Status quo in der Region Europa bis zur Lösung von Punkt 1 und 2 aufrechterhalten wird. Dies sollte allerdings andere Regionen nicht davon abhalten, den Beschluß durchzuführen, wenn ihre Räte das wünschen.

2. Aus dem Bericht des Vertreters der Region beim Zentralen *Haushalts – und Finanzierungsausschuss* der IPPF (Budget and Finance Committee, B&FC) wurde deutlich, daß die 1976 zu erwartenden 10 Millionen Dollar von der *United States Agency for International Development (USAID)* 21% des IPPF – Gesamtbudgets einschließlich anderer, den Unterstützung erhaltenden Organisationen zur Verfügung stehender Mittel, und 30% des über die Zentrale direkt verfügbaren Budgets darstellen.

Nachdem die Bedingungen des Abkommens der IPPF mit der *USAID* diskutiert worden waren, wurde festgestellt, daß die Bedingungen dieses

Abkommens den Gebrauch von *USAID* – Geldern für Zwecke, die direkt oder indirekt mit Schwangerschaftsabbruch zu tun haben, verhindern und daß osteuropäische Länder, sowie Kuba und Vietnam, für diese Gelder nicht in Frage kämen. Man war einhellig der Meinung, daß es weder möglich noch wünschenswert sei, bei den Vorhaben der Region mit zweierlei Maß zu messen, um diesen Forderungen zu genügen.

Es wurde beschlossen, daß der Regionalrat Europa dem B&FC empfiehlt, daß Zuweisungen des IPPF – Budgets an die Region Europa nicht aus Geldern der *USAID* erfolgen sollten.

Folgende *Resolution* wurde mit 41 Ja- und 3 Neinstimmen bei 8 Enthaltungen verabschiedet:

„Der Regionalrat Europa empfiehlt dem Haushalts- und Finanzierungsausschuß, Zuweisungen aus dem IPPF – Budget an die Region Europa nicht aus Mitteln zu bestreiten die von der *USAID* stammen, da die Annahme von *USAID* – Geldern mit bestimmten Einschränkungen verbunden ist.“

3. Ernennung von Vertretern der Region für Zentrale Ausschüsse der IPPF

3.1 *Vorstand*: Die übliche Praxis des REC (Denys Fairweather, Kina Fayot, Jürgen Heinrichs, Lykke Aresin, Albino Aroso, Mikolaj Kozkiewicz), die Region im GB zu vertreten, wurde bestätigt.

3.2 *Verwaltungs- und Planungsausschuß*: Die übliche Praxis, daß der Präsident der Region bzw. der Vizepräsident, wenn der Präsident bereits ein Mitglied des M&PC in anderer Funktion ist, die Region in M&PC zu vertreten, wurde zur Kenntnis genommen. Da der Präsident der Region als Vizepräsident des GB bereits Mitglied des M&PC ist, wurde beschlossen, daß die Vizepräsidentin der Region (Kina Fayot) die Region vertreten solle.

3.3 *Haushalts- und Finanzierungsausschuß*: Die übliche Praxis, daß der Schatzmeister (Jürgen Heinrichs) die Region vertritt, wurde bestätigt.

3.4 *Zentralausschuß für Information und Erziehung*: Die übliche Praxis, daß der RIEC – Vorsitzende (Jørgen Hornemann) die Region vertritt, wurde bestätigt.

3.5 *Zentralausschuß für medizinische Fragen*: Die übliche Praxis, daß der RMC – Vorsitzende (Jan Karbaat) die Region vertritt, wurde bestätigt.

Regional- ausschuß für Information und Erziehung

Das Sechste Treffen des Regionalausschusses für Information und Erziehung fand am 4. Juni 1976 unter dem Vorsitz von Jørgen Hornemann (Dänemark) statt.

1. Bericht des Regionalen Exekutivsausschusses für I&E (RIEx) 1975/76

Der Vorsitzende ergänzte den Bericht durch einige Anmerkungen zum Treffen des Zentralausschusses für Information und Erziehung (CIEC).

- Nach einer gewissen Zeit der Untätigkeit funktioniere der CIEC nun richtig, wie man aus den Berichten der Arbeitsgruppen zu den Themen *Erziehung und Ausbildung* und *Veröffentlichungen und Informationsaustausch* ersehen könne;
- der CIEC habe die Arbeitsgruppe *Sozialwissenschaften* neu gebildet und beschlossen, eine Arbeitsgruppe *Audiovisuelle Hilfsmittel* ins Leben zu rufen; beide würden aus ausgewählten Mitgliedern der Region bestehen;
- nach ausführlicher Diskussion habe man sich auf eine Formel geeinigt, derzufolge der CIEC die volle Verantwortung für alle regelmäßig und sporadisch erscheinenden, von der IPPF zentral produzierten, Veröffentlichungen trage – die Redaktion bei der IPPF würde den CIEC ständig über den Inhalt geplanter Veröffentlichungen unterrichten, und der CIEC würde, z.B. für die Zeitschrift *People* Themenvorschläge machen;
- der CIEC habe den Vorschlag des Verwaltungs- und Planungsausschusses unterstützt, daß er für weitere fünf Jahre seine Arbeit fortsetze und habe für die Beibehaltung von Regionalausschüssen für I&E gestimmt;

Abschließend sagte der Vorsitzende, er

glaube, daß die freiwilligen Beiträge zum CIEC nunmehr effektiv seien.

Bei der Diskussion des *Berichtes der Arbeitsgruppe Erziehung und Ausbildung* wurde zwar der allgemeine Tenor und die Thesen des *Berichtes* gutgeheißen, doch wurde bei einigen Punkten in den Empfehlungen Skepsis laut, da diese mit den verkündeten Thesen nicht übereinzustimmen schienen. So schienen die Empfehlungen bezüglich der Verpflichtung und Ausbildung, sowie der Fachkenntnis von Leuten nicht in Einklang zu stehen mit einem der Hauptanliegen des Berichtes, nämlich der Maxime, daß die Leute ihre Ausbildung selbst organisieren sollten. Übereinstimmend war man der Meinung, daß man die praktische Durchführung der in dem Bericht geäußerten Thesen und die Entwicklung der Tätigkeit der IPPF auf dem Sektor Erziehung im Auge behalten müsse.

Der Bericht wurde vom RIEC zur Kenntnis genommen, das empfahl, die in dem Bericht enthaltenen Leitlinien auf Regionaler und Zentraler Ebene in die Praxis umzusetzen. Es wurde beschlossen, die Mitgliederorganisationen aufzufordern, die Region über Bemühungen, die Leitlinien in die Praxis umzusetzen, zu informieren, so daß für das nächste Treffen des CIEC ein Bericht erstellt werden könnte.

2. Regionales Informationsblatt

Es wurde beschlossen, daß die Ausgabe des Blattes vom Oktober 1976 eine *Beilage über das von den ppas benutzte Informations Material* gedruckt und in anderer form vorliegend enthalten solle, in der über die verfolgten Ziele, die Art der Verwendung des Materials, die Methoden der Auswertung etc. informiert werden soll. Man war der Meinung, daß eine solche Beilage zu Versuchen beitragen würde, das innerhalb der ganzen Federation verwendete Material einschätzen zu können.

3. Kommunikation innerhalb der Region
Man war der Meinung, daß die Kommunikation innerhalb der Region ziemlich dürftig sei und daß der Informationsaustausch innerhalb der Region verbessert werden könnte. Es wurde vorgeschlagen, daß die ppas eine Gruppe oder einen Ausschuß gründen, der für den internationalen Erfahrungsaustausch zuständig ist. Man war der Meinung, daß das RIEEx sich Gedanken über Wege der Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Region machen sollte.

4. Regionales I&E – Arbeitsprogramm 1977

Es wurde zur Kenntnis genommen, daß sich der RIEEx nunmehr über das Vorgehen bei einer Untersuchung der Beziehungen der ppas zu sozial benachteiligten Gruppen, die beim Fünften RIEC – Treffen im Jahre 1975 vorgeschlagen worden war, geeinigt hat. Es wurde erwartet, daß bis 1977 eine Studie fertiggestellt sein werde.

Es wurde zur Kenntnis genommen, daß der Stellvertretende Vorsitzende des RIEC als Nachtrag zur Regionalen Arbeitsgruppe zum Thema *Sexualität und Behinderte* ein *Handbuch* für den Gebrauch bei den ppas vorbereitet.

Man stimmte darin überein, daß die ppas ersucht werden sollten, innerhalb eines gemeinsamen Versuchs, die Veröffentlichungen zu verbessern und ihnen innerhalb der Region größere Wirksamkeit zu verschaffen, über die *Nützlichkeit und Nutzbarmachung der zentralen Veröffentlichungen der IPPF* zu berichten.

Es wurde die Meinung laut, daß sich die Regionalen Arbeitsgruppen bisher eher auf die Symptome als auf die Ursachen sexueller Probleme konzentriert hätten; daher wurde beschlossen, eine Regionale Arbeitsgruppe zu bilden, die die *Sozio-politischen Ursachen sexueller Probleme* erforschen soll.

Regional- ausschuss für Medizinische Fragen

Bei seinem Fünften Treffen am 4. Juni 1976 nahm der Regionalausschuss für medizinische Fragen den Bericht des Vorsitzenden über seine Teilnahme an den Treffen des Zentralausschusses für medizinische Fragen (CMC) und des CMC – Unterausschusses für medizinische Veröffentlichungen im April 1976 entgegen und unterstützte sein Eintreten für eine Diskussion innerhalb des CMC über die ethischen Implikationen klinischer Versuche mit fruchtbarkeitsregelnden Agenzien. Der RMC brachte sein Interesse daran zum Ausdruck, daß die IPPF Medroxyprogesteronazetat (*Depo Provera*) in injizierbarer Form zur Verfügung stelle, obwohl dieses Mittel in den USA und in bestimmten europäischen Ländern (besonders in England, Schweden und in Osteuropa) nicht als Verhütungsmittel registriert sei.

Der RMC bedauerte, daß die IPPF auf Mitgliederorganisationen, die orale Verhütungsmittel anfordern, Druck ausübe, eine bestimmte Marke (*Norinyl*) zu bestellen, das von der *USAID* kostenlos geliefert wird, und daß sie eine Begründung fordere, wenn andere Marken bestellt werden.

Der RMC nahm die Weigerung des CMC zur Kenntnis, ein Expertentreffen zum Thema „Unfruchtbarkeit“ zu organisieren, das vom Vertreter der Region Europa wiederholt gefordert worden war und dem der CMC ursprünglich schon im Prinzip zugestimmt hatte.

Der RMC stimmte dem vom Exekutivausschuss für medizinische

Fragen vorgeschlagenen Standardbezeichnung für Spermizide, die den IPPF Agreed Test for Total Spermicidal Power bestanden haben, zu, nämlich „satisfies the IPPF test for spermicidal effectiveness“. Die Möglichkeit, daß Hersteller die IPPF Testergebnisse mißbrauchen, indem sie für bestimmte Produkte eine Anerkennung oder Empfehlung durch die IPPF behaupten, wurde beachtet.

Der RMC stellte fest, daß Mitgliederorganisationen sich nicht zu medizinischen Veröffentlichungen geäußert hätten, wenn sie besonders dazu aufgefordert worden wären. Es wurde beschlossen, Kommentare zu dem *IPPF Family Planning Handbook for Doctors* zu erbitten, das laufend auf den neuesten Stand gebracht wird.

Der RMC stellte fest, daß die Vorbereitungen für ein Treffen einer Regionalen Arbeitsgruppe über ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs das im Dezember 1976 in London stattfinden soll, Fortschritte machen. Verschiedene RMC – Mitglieder bedauerten, daß innerhalb der IPPF immer noch der Terminus „menstrual regulation“ (gewöhnlich ein Euphemismus für einen frühen Schwangerschaftsabbruch) in Gebrauch sei und fragten sich, ob die sogenannte MR eine „mit Abtreibung zusammenhängende Methode“, wie sie von der *USAID* definiert sei, darstelle.

Der RMC brachte schließlich keine besonderen medizinischen Vorschläge in das Regionale Arbeitsprogramm 1977 ein.

Jugend und Sexualität

Das gewöhnlich im Zusammenhang mit Treffen des Regionalrats stattfindende Seminar fand am 3. Juni zum Thema *Jugend und Sexualität – Probleme des Verständnisses und der Zusammenarbeit* statt.

Es wurden vier Referate gehalten: über Jungsein auf dem Lande, von Mikolaj Kozakiewicz (Polen) – eine gekürzte Fassung dieses Referats ist auf Seite dieser Schrift abgedruckt; über Erfahrungen bei der Herstellung einer Broschüre für Jugendliche, von Jürgen Heinrichs (BRD); über Maßnahmen zur Sexualerziehung Jugendlicher, von Kristian Hveen (Norwegen); und über eine Dia/Tonband – Serie für Jugendliche, von Aki Boyea (Schweden).

In der *Bundesrepublik Deutschland* hatte *Pro Familia* als Einstieg in die Kommunikation mit jungen Angehörigen der Arbeiterklasse eine illustrierte Broschüre mit dem Titel *Komm Schatz!** hergestellt. Der Produktionsprozess selbst war ein Versuch, direkt mit den Angehörigen der sogenannten „Zielgruppe“ zu kommunizieren. Die *Werkstatt Münster im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt*, eine Gruppe junger Arbeiterschriftsteller, die mit den Gewerkschaften in Verbindung stehen, war aktiv in die Herstellung der Broschüre einbezogen und leistete die Hauptarbeit.

Neu und sehr wichtig war die Tatsache, daß die Broschüre in verschiedenen Stadien der Herstellung von Konsumentengruppen selbst bewertet wurde. Das Konzept und die erste Fassung waren von Jugendgruppen dreier verschiedener Gewerkschaften kritisch geprüft worden. Die zweite Fassung war individuell von verschiedenen jungen Arbeitern kritisiert worden und in einer dritten Phase

*Kopien können bezogen werden über *Pro Familia, Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung*, Cronstettenstr. 30, Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland.

wurden zwei Berufsschulklassen nach ihrer Meinung befragt. Geeignete erscheinende Literatur wurde während der Herstellung immer wieder herangezogen.

Aufgrund dieser Erfahrung können drei Richtlinien für die Bewertung und den Gebrauch des Materials formuliert werden:

- die Brauchbarkeit des Materials hängt davon ab, ob sei von den Gruppen, mit denen man kommunizieren will und in Zusammenarbeit mit diesen, und nicht von anderen für sie hergestellt wird;
- es ist unwichtig, ob Menschen, die diesen Gruppen nicht angehören, das Material gutheißen oder nicht – die Anerkennung durch die Zielgruppen ist das einzige, was zählt;
- da die gesellschaftlichen Verhältnisse der Konsumenten die Beschaffenheit des Materials bestimmen, kann es nicht isoliert, d.h. indem man es bloß verteilt, verwendet werden – das wichtigste Mittel für die Kommunikation zwischen Menschen muß immer das gesprochene Wort sein, das durch gedrucktes oder audiovisuelles Material allenfalls ergänzt werden kann.

In *Norwegen* hatten sich die Veranstaltungen der Organisation der Medizinstudenten (MSO) zur sexuellen Aufklärung und Erziehung aus einem Kurs über Sexualität ergeben, der versuchsweise von zwei Studenten im Auftrage des Norwegischen Gesundheitsministeriums in einer höheren Schule in Oslo gehalten worden war. Das Projekt wurde dann auf andere Schulen ausgedehnt. Kürzlich hat die MSO für die Durchführung eines einmal im Jahr stattfindenden Universitätsseminars einen Zuschuß von der Medizinischen Fakultät der Universität Oslo erhalten. Das Seminar wird als Gelegenheit für Medizinstudenten gesehen, im Rahmen ihrer Ausbildung

auch Probleme der Sexualität zu studieren, was von dem bestehenden Ausbildungsplan für Mediziner bisher nicht ermöglicht wurde. Das Seminar bildet auch diejenigen aus, die an einer Zusammenarbeit mit der MSO interessiert sind.

Hinter all diesen Projekten der MSO steht als wichtigstes Ziel, die Forderung nach besserer Sexualerziehung in staatlichen Schulen zu erheben und zu unterstützen und auf die für die Erziehung Verantwortlichen Druck auszuüben, um sie zu bewegen, die Sexualerziehung in der Allgemeinerziehung institutionell zu verankern, wobei sie betont, daß Sexualerziehung eigentlich eine öffentliche Aufgabe und nicht Aufgabe von Gruppen wie der MSO sei. Die MSO ist der Meinung, daß Lehrern die Gelegenheit gegeben werden muß, sich Sachkenntnisse anzueignen und sich das zur Durchführung von Sexualerziehung notwendige Material zu verschaffen. Auf dem Gebiet der Medizin besteht das Ziel der MSO darin, sicher zu stellen, daß die im Gesundheitswesen Beschäftigten in der Lage sind, im Zusammenhang mit Geburtenregelung fachgerecht handeln und zu beraten.

Bis heute hat die MSO Kurse durchgeführt für Grundschulen, höhere Schulen, Volkshochschulen, Sozialarbeiterschulen, Jugendklubs, psychiatrische Einrichtungen für Jugendliche und Lehrerausbildungskollegs und hat in Zusammenarbeit mit der Norwegischen Organisation für Familienplanung Seminare für Lehrer veranstaltet.

Die MSO arbeitet in Jugendklubs mit jungen Arbeitern zusammen. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung hat gezeigt, daß 50% der Jungen und Mädchen mit 17 Jahren ihre ersten sexuellen Erfahrungen machen und daß bei 90% der Teenager – Heiraten das Mädchen zum Zeitpunkt der Heirat schwanger ist. Ein beträchtlicher Anteil der jährlichen 15 000 legalen

Shwangerschaftsabbrüche in Norwegen wird bei unverheirateten Frauen unter zwanzig Jahren vorgenommen. Zwar gibt die MSO in erster Linie Informationen über Empfängnisverhütung, doch organisiert sie auch Diskussionen über Themen wie Unterdrückung der Sexualität Jugendlicher, Unterschiede der Einstellung und des Verhaltens zwischen Jungen und Mädchen, Einschätzung verschiedener Formen der Äußerung von Sexualität, wobei auch auf Homosexualität eingegangen wird, und über ethische Aspekte der Sexualität.

Die Arbeit in Jugendklubs erfordert eine offenere und direktere Methode und eine unkompliziertere Sprache. Wie bei der unten beschriebenen schwedischen Erfahrung ist es oftmals schwierig zu beurteilen, in welchem Maße die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen tatsächlich erreicht werden, und es ist in der Tat auch schwierig, die Projekte der MSO als ganzes einzuschätzen.

In Schweden wurde von einer kleinen unabhängigen Gruppe in Zusammenarbeit mit jungen Leuten eine Tonband/Dia - Serie entworfen. Ziel dieser Serie war es, eine Diskussion unter den jungen Leuten (12-16) über ihre Gefühle, z.B. bei der Beziehung zwischen Jungen und Mädchen und über verschiedene Aspekte von Beziehungen überhaupt zu fördern. Anfangs hatte die Gruppe versucht, Filme und andere Mittel, die Diskussion in Gang zu bringen, zu verwenden, hatte aber herausgefunden, daß die meisten der jungen Leute, mit denen sie zu kommunizieren versuchten, es schwierig fanden, sich mit den im Film gezeigten Leuten zu identifizieren.

Der Text des Tonbandes erscheint in Sprechblasen, und in den gesprochenen Dialog sind die Gedanken der Handelnden im Verlauf der Handlung eingestreut. Der Inhalt der Serie ist absichtlich nicht belehrend und soll die Jugendlichen ermutigen, sich ihre eigenen Gedanken zu machen und

miteinander zu kommunizieren – ihre eigenen Gedanken darüber, was in einer bestimmten Situation „richtig“ oder „falsch“ ist, zu formulieren.

Zwei der insgesamt fünf Diasätze mit Tonbandbegleitung wurden im Verlauf des Referats vorgeführt.

Die vier Referate bildeten den Hintergrund für Gruppendiskussionen, über deren wichtigste Ergebnisse am 5. Juni vom Vorsitzenden des Seminars, Jürgen Heinrichs, berichtet wurde. Folgende Hauptthesen ergaben sich aus den Berichten der Diskussionsgruppen:

- wer vorhat, junge Leute verstehen und mit ihnen zusammenarbeiten zu wollen, muß ihnen *zuhören* und *verstehen lernen*, wie sie fühlen, wie sie das Leben sehen und welche Zukunftsperspektive sie haben;
- die zu überwindenden Schwierigkeiten sind nicht nur in der Kluft zwischen den Generationen zu sehen, sondern auch in den Beziehungen zwischen Lehrer und Lernenden, Eltern und Kind, Mann und Frau, Junge und Mädchen;
- „welche Gründe lassen manchen Leuten ihr Sexualleben wichtiger erscheinen als anderen?“ ist eine zwar nicht leicht zu beantwortende, aber fundamentale Frage, der man nachgehen muß;
- Sexualerziehung außerhalb der Schulen, z.B. in Jugendklubs und Ferienlagern, mit einem Wort an jedem Ort, wo Jugendliche zusammenkommen, muß intensiviert werden – in diesen Situationen ist Kommunikation ebenso wichtig wie Erziehung;
- bei der Erziehung, besonders im Zusammenhang mit den oben beschriebenen norwegischen und schwedischen Erfahrungen handelt es sich nicht so sehr darum, die Auffassungen der Leute zu verändern, als vielmehr darum, sie dazu zu bringen, diese Auffassungen zu

äußern;

- die Vermittlung geschieht am besten in Form von Geschichten – schriftliches Material sollte personalisiert werden und junge Leute sollten sich mit den in Schriften beschriebenen Charakteren identifizieren können;
- die Sprache, in der die Kommunikation stattfindet, ist wichtig, aber der Gebrauch eines subkulturellen Jugendslangs scheint nicht angebracht, da Jugendliche nicht erwarten, daß Erwachsene sich ihrer Sprache bedienen, die ohnehin in stetem Wandel begriffen ist (dennoch ist die Kenntnis des sexuellen Vokabulars der Jugendlichen für die Kommunikation wichtig);

Eine Gruppe war der Meinung, die ppas sollten den ersten Kontakt mit Jugendlichen nicht unbedingt über die Frage der Empfängnisverhütung suchen; man meinte, die ppas könnten prüfen, welche Gesichtspunkte der Sexualität außerdem noch mit Jugendlichen diskutiert werden könnten.

Verschiedene Teilnehmer waren der Ansicht, daß die Einbeziehung junger Leute in die Tätigkeit der ppas weiter gefördert werden sollte, obwohl verschiedene Bemühungen einiger ppas in dieser Richtung nicht erfolgreich waren. Das Thema „Jugend und Sexualität“, so meinte man, sollte bei zukünftigen Vorhaben der ppas Vorrang haben. Man war der Meinung, daß man über verborgene Hindernisse für erfolgreiche Sexualerziehung, einschließlich Informationen über Empfängnisverhütung mehr in Erfahrung bringen müsse und daß man Schritte unternehmen sollte, das Wesen solcher Hindernisse aufzuhellen. Ein Problem schien darin zu liegen, daß die ppas versuchten, Informationen zu vermitteln und Ratschläge zu erteilen, ohne durch die Kommunikation mit jungen Leuten ein ausreichendes Verständnis mit diesen hergestellt zu haben.

Man empfahl, die Einstellung junger

Jungsein auf dem Lande

In einer Zeit, in der riesige städtische Ballungszentren viele Probleme aufgeben, werden, zumindest in Europa, die Probleme ländlicher Gegenden und ihrer Bevölkerung häufig übersehen. Wenn überhaupt, so werden sie hauptsächlich im Zusammenhang mit Ernährungspolitik und Wirtschaftsfragen erwähnt. Ländliche Gegenden werden oftmals behandelt, als verschlängten sie unersättlich staatliche Kredite und Subventionen, während Fortschritt und Entwicklung in der Hauptsache angeblich in den Städten stattfindet. Während der Bevölkerungsanteil in den ländlichen Gegenden überall fällt (Belgien 13%, Niederlande 22%, Schweden 19%), gibt es noch einige Länder in Europa, wo dieser Anteil wesentlich höher liegt (Bulgarien 43%, Italien ungefähr 45%, Polen 45%, Portugal über 70%, Jugoslawien 60%). Wenn es uns nicht gelingt, die Jugendlichen auf dem Lande zu erreichen, so bedeutet das, daß wir einen wichtigen Teil (oftmals sogar eine Mehrheit) der jungen Menschen von unseren Erziehungsbemühungen und der Möglichkeit, Einfluß zu nehmen, ausnehmen.

In Europa nimmt der in der Landwirtschaft tätige Bevölkerungsanteil rapide ab. Während er in Polen noch bei 35% liegt, liegt er in England nur bei 3%, in Ungarn bei 24%, in Italien bei 17% und in Jugoslawien bei 44%; Ökonomen weisen auf den ständig geringer werdenden Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt hin (der z.B. in Polen 1975 nur 13% betrug). Diese Daten könnten als Gründe beigebracht werden, die Bedürfnisse und Probleme der auf dem Lande Lebenden zugunsten der in großen Städten und industriellen Zentren Lebenden zu ignorieren. Und doch bedeutet der schwindende Anteil und Beitrag der Landwirtschaft und der ländlichen Bevölkerung nicht, daß in gleichem Maße auch die kulturelle und soziale Bedeutung des Lebens auf dem Lande abnimmt, am allerwenigsten, was die ländliche Jugend angeht.

Ist die ländliche Jugend eine spezifische, klar zu unterscheidende und gesondert zu betrachtende soziokulturelle Gruppe? Ist das Jungsein auf dem Lande wirklich verschieden vom Jungsein in der Stadt?

Anthropologen haben zahlreiche umfassende Forschungen durchgeführt, die zeigen, daß Jugendliche auf dem Lande im Vergleich zu ihren Altersgenossen in der Stadt ein geringeres Körpergewicht und eine geringere Körpergröße aufweisen. Aus in Polen gewonnenen Forschungsergebnissen geht hervor, daß das Durchschnittsalter der

ersten Menstruation von Mädchen in Warschau und anderen großen Städten auf 12,8 Jahren lag. Im selben Jahr lag dieses Alter in ländlichen Gegenden mit einem geringen Grad von Verstädterung bei 16 Jahren. Je näher ein Dorf einer Stadt liegt, je höher der Grad der Urbanisierung der Gegend, desto niedriger ist das Alter, in dem die Mädchen das erste Mal menstruierten. Die Bedeutung dieses Unterschiedes für die Planung der Verfahrensweise und der Inhalte von Sexualerziehung, sowohl für Städte als auch für Dörfer, ist offensichtlich.

Allgemein gesprochen muß das literarische Image von der „starken, gesunden ländlichen Jugend“ im Lichte soziologischer Forschung ins Reich der Fabel verwiesen werden. Einseitige und unvernünftige Ernährung, sowie härteste körperliche Arbeit in der frühen Kindheit hemmen die körperliche Entwicklung der ländlichen Jugend. Wenn man bedenkt, daß aufgrund der höheren Fruchtbarkeit von Frauen auf dem Lande die dörfliche Jugend ein wichtiges Arbeitskräftereservoir für die Städte ist, so ist das Problem für eine Nation auch von ganz praktischer Bedeutung.

Die Notwendigkeit, schon in früher Kindheit körperlich zu arbeiten, besteht in allen ländlichen Gegenden, obwohl Daten aus verschiedenen Ländern große Unterschiede in der Anzahl der Arbeitsstunden pro Tag und pro Kopf zeigen. So verbringt in Polen ein 10-14 Jahre alter, in der Stadt lebender Junge durchschnittlich 30 Minuten täglich damit, seinen Eltern zu helfen, während sein Altersgenosse in einem durchschnittlichen Dorf 3 Stunden täglich damit zubringt.

Während Unterschiede zwischen ländlicher und städtischer Jugend, was Körpergröße und Gewicht angeht, offenbar geringer werden (in dem Maße, wie der Grad der Verstädterung ansteigt), wird die Arbeitsbelastung der Landjugend keineswegs geringer, da in vielen Ländern die Beteiligung der Bauernkinder an der Arbeit für das Überleben kleiner privater landwirtschaftlicher Betriebe enorm wichtig ist. Zumindest trifft dies für Polen zu. Eine wesentliche Veränderung auf diesem Gebiet kann solange nicht erwartet werden wie nicht grundlegende Veränderungen in der Landwirtschaft stattgefunden haben.

Wesentlich für die Erziehung ist die Frage: unterscheiden sich die Jugendlichen auf dem Lande bedeutend von ihren Altersgenossen in der Stadt, was ihr Verhalten, ihre Wünsche und Hoffnungen und ihre allgemeine Lebensperspektive angeht?

Leute in verschiedenen europäischen Ländern in einer interkulturellen Studie zu erforschen und in Zusammenarbeit mit Jugendlichen einen Regionalen Bericht über deren Bedürfnisse zu erstellen. Man war der Meinung, daß ein solcher Bericht den ppas ein für Europa maßgebliches Dokument an die Hand geben würde, das Vorschläge für Jugendarbeit an die Adresse von Gesundheits- und Erziehungsbehörden der jeweiligen Länder unterstütze.

Als Teil der Vorbereitung des Seminars war an alle Mitgliederorganisationen der Region ein kurzer Fragebogen ausgegeben worden, mit dessen Hilfe man herausfinden wollte, in welchem Maße junge Leute an Projekten der ppas teilhaben und welcher Art die mit jungen Leuten oder für diese unternommenen Projekte der ppas sind. Die Ergebnisse dieses Fragebogens werden die Grundlage einer ausführlicheren Studie über die Einstellung und Bedürfnisse junger Leute in Europa bilden.

Abschließend läßt sich sagen, daß die Referate und der Inhalt der Berichte der Diskussionsgruppen darauf hindeuten, daß, obwohl sich die ppas im allgemeinen ihrer Aufgabe, den Bedürfnissen junger Leute entgegenzukommen, bewußt zu sein scheinen, und viele ppas auch schon Bemühungen in diesem Sinne aufgenommen haben, doch noch viele Probleme des Verständnisses und der Zusammenarbeit mit jungen Leuten bestehen bleiben und daß diese Probleme genauer geprüft und analysiert werden müssen. Man hofft, daß das Seminar des Regionalrats sich als nützlicher Beitrag dazu erweisen wird, daß das Verständnis der ppas für ihre Verantwortung, den Bedürfnissen junger Menschen bei der Familienplanung entgegenzukommen, vergrößert und die Zusammenarbeit der ppas mit jungen Menschen bei Versuchen, diesen Bedürfnissen entgegenzukommen, gefördert wird.

Man scheint gewöhnlich die Erfahrung zu machen, daß die Unterschiede auf diesem Gebiet wesentlich geringer sind, als man erwarten könnte. Man kann von einem *Prozeß der Angleichung der Verhaltensweisen* sprechen, dessen Ursachen vor allem in der Verbreitung der Massenmedien und in der größeren geographischen Mobilität der Menschen zu suchen sind. Die am häufigsten festgestellten Unterschiede zwischen ländlicher und städtischer Jugend in Europa in den späten 70er Jahren bestehen darin, daß die Landjugend dazu neigt:

- ihre Zukunft sorgfältiger zu planen;
- sich in ihrer Berufswahl eher von ökonomischen Gesichtspunkten leiten zu lassen;
- eher traditionellen, religiösen Vorstellungen anzuhängen;
- weniger ehrgeizig zu sein und Risiken zu meiden;
- ein mit den sie umgebenden Menschen und Institutionen übereinstimmendes ruhiges Leben führen zu wollen;
- eher individuell als kollektiv zu handeln;
- mehr von der Großfamilie und den Nachbarn abzuhängen.

Es muß jedoch gesagt werden, daß die oben erwähnten Unterschiede selten groß sind.

Der große Unterschied, der immer noch besteht, liegt im *durchschnittlichen Bildungsniveau* der ländlichen Jugend, die nur zwischen 50% und 80% der Schulzeit der städtischen Jugend aufweist. Während z.B. in Polen (1970) die zwischen 20 und 24 Jahre alten Städter durchschnittlich eine zehnjährige Schulzeit hatten, hatten die auf dem Lande durchschnittlich nur 8,5 Jahre Schulzeit. Die Erziehungslücke ist nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer Art – der Wissensstand der ländlichen Jugendlichen ist oftmals 50% niedriger als der in den Städten.

Wir wollen nun einige wichtige spezifische Merkmale der Situation der ländlichen Jugendlichen, die Sexualerziehung und Familienplanung betreffen.

Die Erziehung in ländlichen und besonders in bäuerlichen Familien ist in Polen, wie in vielen anderen Ländern mit römisch-katholischer Kultur sehr restriktiv, was die Erörterung sexueller Fragen angeht. Während nun das durchschnittliche Heiratsalter auf dem Lande zwei Jahre höher als in den Städten liegt, ist das Durchschnittsalter des ersten Koitus ungefähr gleich, oder

liegt sogar geringfügig niedriger. Trotz der restriktiven Erziehung in der Familie haben 77% der Jungen (Bauer und Arbeiter) und 43% der Mädchen aus derselben Schicht Geschlechtsverkehr, bevor sie 21 sind.

Für Empfängnisverhütung hat man auf dem Lande kein großes Verständnis, und die meisten der existierenden Verhütungsmethoden werden als geschmacklos oder unmoralisch verworfen. Dies hat mit religiösen Vorstellungen sowie mit der höheren Anzahl von Kindern, die man als erwünscht betrachtet, zu tun, obwohl die Anzahl der Frauen auf dem Lande, die eine unbegrenzte Anzahl von Kindern akzeptieren („so viele, wie Gott mir schenkt“), sehr stark abgenommen hat. 1972 akzeptierten 31% der Frauen auf dem Lande vier und mehr Kinder als erwünscht, viermal so viel wie die Frauen in der Stadt.

Während die Frauen in den Städten alle verfügbaren Arten von Kontrazeptiva gebrauchen, sind die vorherrschenden Methoden auf dem Lande der Coitus interruptus und die Knaus-Ogino-Methode, wobei 50% der Frauen überhaupt keine Verhütungsmethoden anwenden. Das Problem der unerwünschten Schwangerschaft vor der Ehe wird meist durch erzwungene Heirat gelöst („um die Sünde zu verbergen“), was einen ungünstigen Einfluß auf das spätere Sexualleben haben muß. Die viele dieser Paare können sich aus religiösen Gründen nicht leicht zur Scheidung entschließen. (1974 war in Polen die Anzahl der Scheidungen in den Städten 18 auf 10 000 Einwohner, während sie auf dem Lande nur 4 auf 10 000 betrug.)

Zwischen Städten und Dörfern gibt es auffallende Unterschiede im *Grad der Informiertheit* über das, was man allgemein als sexuelle Probleme bezeichnen kann. Sogar in einem so hochentwickelten Land wie der Schweiz (Kurt Biener, 1975) weiß nur 12% der ländlichen Jugend genau und ausreichend über Beschneidung bescheid, 44% über Kondome, 22% über Schwangerschaftsabbruch und 38% über Geschlechtskrankheiten. Der gleiche Informationsmangel wurde in Polen festgestellt (Kozakiewicz, 1969), indem Fragen von jungen Leuten in Städten und Dörfern analysiert wurden, außerdem in Leserbriefen an Teenagemagazine und in Gesprächen mit dem Autor. Der Wunsch nach Information über grundlegende Fakten des Sexuallebens ist bei der ländlichen Jugend vorherrschend, während die städtische Jugend danach fragt, wie verschiedene Arten von Sexualverhalten

zu bewerten sind. Der relativ hohe Informationsstand in Städten sollte uns nicht irreführen, und wenn wir ein Programm für ländliche Gegend vorbereiten, sollten wir nicht zögern, auch sehr grundlegende und fundamentale Informationen miteinzubeziehen.

Die Jugendlichen auf dem Lande, besonders diejenigen mit dem niedrigsten Bildungsstand, haben nicht die Gewohnheit zu lesen und sind sehr oft an der Grenze funktionalen Analphabetentums, wovon man spricht, wenn jemand zwar „lesen kann“, von dieser Fähigkeit aber praktisch keinen Gebrauch macht. Die wirksamste Methode, mit der Jugend auf dem Lande zu kommunizieren, ist das persönliche Gespräch. Die polnische ppa begegnet der ländlichen Jugend auf Ferienlagern, die von Pfadfindern und anderen Jugendorganisationen organisiert werden. Die sogenannte „Universität des Lebens“ in Clubs auf dem Lande ist eine andere Methode, mit der ländlichen Jugend über Aspekte der Sexualität und Familienplanung ins Gespräch zu kommen. In diesen „Universitäten“ bilden unsere Themen nur einen Teil der Vorlesungen und Seminare (andere beschäftigen sich mit verschiedenen praktischen Fragen des täglichen Lebens, z.B. Kinderpflege, Ernährung, Hauswirtschaft etc.). Auf unserem Gebiet versuchen wir, nicht nur besondere Aspekte der Sexualerziehung zu behandeln, sondern auch die Erziehung in der ländlichen Familie zu liberalisieren, die oft noch mit körperlicher Züchtigung arbeitet, und so Gefahr eine psychosexuelle Entwicklungen darstellt und den freien Ausdruck einer jungen Persönlichkeit, zu der auch Sexualität gehört, verhindert.

Mit einem Wort, wir wollen die Existenz einer ländlichen Jugend in jedem Land nicht vergessen und versuchen, sie mit unserer Tätigkeit als ppa zu erreichen. Ohne Erfolg auf diesem Gebiet wird es auch keinen wirklichen Erfolg im Lande allgemein geben.

*Mikolaj Kozakiewicz
Polnische Akademie der
Wissenschaften, Warschau*

ISSN-0309-0736

Internationale Föderation für
Familienplanung
Region Europa
64 Sloane Street
London SW1X 9SJ